

Ungerechtes Wachstum oder gerechte Wachstumsrücknahme

Daniel Tanuro

Vor 25 Jahren wurde „Décroissance“, also die Wachstumsrücknahme, von seinen Anhänger:innen als „Schlagwort“ mit einer verschwommenen ideologischen Ladung verstanden.¹ Serge Latouche und seine Unterstützer:innen wollten „die Vorstellungswelt verändern“, um „aus der Wirtschaft und der Entwicklung auszusteigen“. Heute wird wieder über Degrowth diskutiert, allerdings unter strengeren Prämissen. Angesichts der Klimakatastrophe glauben viele Expert:innen nicht mehr an die Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß zu senken und gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Ihrer Meinung nach kann das Klima nicht stabilisiert werden, ohne den globalen Energieverbrauch so drastisch zu senken, dass die Produktion von Waren und Dienstleistungen zwangsläufig zurückgeht. Diese These wirkt sich natürlich auf gesellschaftliche Entscheidungen aus. Diese Expert:innen betonen die Notwendigkeit einer sozial gerechten Wachstumsrücknahme, sie begründen diese aber wissenschaftlich, nicht ideologisch.

1. Wachstum und Klima sind unvereinbar.

Beginnen wir damit, die Fakten des Problems in Erinnerung zu rufen. Um eine Erwärmung von 1,5°C nicht zu überschreiten, müssen die Netto-CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 50% und bis 2050 um mindestens 100% gesenkt werden. Die Autor:innen des fünften Sachstandsberichts des IPCC (IPCC 2015, der als Grundlage für das Pariser Abkommen diente) gingen davon aus, dass diese Reduktion mit dem Wirtschaftswachstum vereinbar sei: Durch die Steigerung der Energieeffizienz und den Durchbruch der erneuerbaren Energien es es möglich, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von den CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Sechs Jahre später hat in einigen

¹ Jean-Marie Harribey schrieb in *Emanzipation* 1.1 (2011) eine Kritik der Décroissance-Bewegung (Harribey 2011).

frühindustrialisierten Ländern tatsächlich eine relative Entkopplung stattgefunden. Eine absolute Entkopplung ist jedoch nicht möglich. Denn die Steigerung der Effizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien erfordern enorme Investitionen, die sehr energieintensiv sind, und diese Energie ist zu über 80% fossil. Folglich führt die Energiewende im Kontext eines Wirtschaftswachstums zwangsläufig zu mehr CO₂-Emissionen. Da diese Emissionen – nicht relativ, sondern absolut – reduziert werden *müssen*, ist die Schlussfolgerung unumstößlich: Ein Anstieg des BIP steht im Widerspruch zur Stabilisierung der Erderwärmung unter 1,5°C.

Viele Expert:innen wollten glauben, dass dieser Widerspruch überwunden werden könnte, indem man der Atmosphäre CO₂ entzieht, um die Emissionen zu kompensieren. Hierfür wurden zwei Wege vorgeschlagen: 1) die natürliche CO₂-Absorption durch das Pflanzen von Bäumen maximieren; 2) „Technologien mit negativen Emissionen“ (NET) erfinden, um Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu entfernen und unterirdisch zu lagern. Die Kritik an dieser Strategie ist nicht neu, aber der IPCC hat sie bislang nicht berücksichtigt. So setzten *alle* Szenarien, die im Rahmen des 1,5°C-Sonderberichts (IPCC 2018) getestet wurden, auf die Möglichkeit des „Kohlenstoffausgleichs“. Doch der Wind scheint sich zu drehen. Die Stimmen der Forscher:innen, die argumentieren, dass diese produktivistische Option gegen das Vorsorgeprinzip verstößt, können nicht länger ignoriert werden.

2. Sehr robuste Argumente

Ihre Argumente sind äußerst robust. Um das BIP-Wachstum mit der Einhaltung des 1,5°C-Ziels in Einklang zu bringen, sehen einige Szenarien vor, dass bis 2100 bis zu 1000 Gigatonnen Kohlenstoff aus der Atmosphäre entfernt werden müssen. Das entspricht dem Fünfundzwanzigfachen der jährlichen Emissionen! Baumpflanzungen könnten nur einen sehr geringen Beitrag leisten, da die Flächen begrenzt sind, und vor allem nur vorübergehend, da Bäume während des Wachstums CO₂ aufnehmen und es anschließend wieder abgeben (zudem fördert Erwärmung Brände). Daher müsste man sich vor allem auf Technologien mit negativen Emissionen verlassen, insbesondere auf die *Bioenergie mit Kohlenstoffabscheidung und -sequestrierung* (BECCS). Das Prinzip von BECCS ist einfach: man verbrennt Biomasse anstelle von fossilen Brennstoffen, fängt das freigesetzte CO₂ ein und vergräbt es unter der Erde. Da Biomasse wächst und dabei CO₂ absorbiert, müsste die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre theoretisch sinken. In

der Praxis sieht das anders aus. *Erstens* weiß man nicht, ob es funktionieren wird, da die Technologie nur als Prototyp existiert. *Zweitens* müsste man Biomasse auf riesigen Flächen anbauen. *Drittens* würde das mit der menschlichen Ernährung, der Artenvielfalt und der Süßwasserversorgung konkurrieren. *Viertens* ist man nicht sicher, ob das CO₂ nicht aus dem Untergrund entweichen wird.

Johan Rockström, ein führender Wissenschaftler und Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, hat es den Delegierten der COP26 offiziell mitgeteilt: Bei mehr als 1,5°C droht die Erde zu einem „heißen Planeten“ zu werden, mit einem Anstieg des Meeresspiegels um dreizehn Meter oder mehr (Rockström 2021). Es ist sinnlos, auf Zauberlehrlingstricks zu setzen, um diesen Kataklysmus (erdgeschichtliche Katastrophe) zu verhindern. Schließlich ist die drastische und sehr schnelle Senkung des Endenergieverbrauchs die einzige Alternative. Gleichzeitig ist diese wirtschaftliche Wachstumsrücknahme natürlich unmöglich ohne soziale und Klimagerechtigkeit, das heißt ohne eine radikale Verringerung der Ungleichheiten und eine radikale Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmsten 50% der Menschheit in den armen Ländern, aber auch in den reichen Ländern. Dies ist zusammengefasst die Argumentation, die immer mehr Wissenschaftler:innen dazu veranlasst, für etwas zu plädieren, das man als „gerechte Wachstumsrücknahme“ bezeichnen könnte.

3. Überkonsum der Reichen, Überproduktion im Dienste der Reichen

Die vorherrschende Vorstellung in unseren Gesellschaften lautet, dass Wachstum und steigender Energieverbrauch für Beschäftigung und Einkommen – kurzum für das Wohlergehen – unerlässlich sei. Diese Vorstellung wird jedoch aus wissenschaftlicher Sicht zunehmend in Frage gestellt. Abgesehen von der Befriedigung der Grundbedürfnisse wie hochwertige Lebensmittel, eine gute Wohnung, bequeme Kleidung, ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und eine angemessene Mobilitätsinfrastruktur nimmt der Nutzen eines höheren Energieverbrauchs in Wirklichkeit sehr schnell ab. Die Folge: „Länder mit hohem Einkommen könnten ihre biophysikalischen Auswirkungen (und ihr BIP) reduzieren, während sie ihre sozialen Leistungen beibehalten oder sogar steigern und eine größere Gerechtigkeit zwischen den Ländern erreichen“, schreiben zwei Forscher. Die Herausforderung besteht ihrer Meinung nach darin, „eine gerechte Reduzierung des

Energie- und Ressourcenflusses durch die Wirtschaft bei gleichzeitiger Sicherung des Wohlstands zu erreichen.“ (Keyßer und Lenzen 2021).

Könnten die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigt werden, wenn wir insgesamt viel weniger Energie verbrauchen und diese besser verteilen würden? Das ist die Frage. Ein Teil der Antwort liegt in der Kluft zwischen den CO₂-Emissionen dem reichsten 1 Prozent der Bevölkerung und denen der ärmsten 50 Prozent und den 40 Prozent mit „mittlerem“ Einkommen. Diese Kluft hat sich nicht nur vertieft, sondern wird sich durch die Klimapolitik der Regierungen bis 2030 sogar noch weiter vertiefen! Die Anstrengungen zur Reduzierung der Emissionen werden umgekehrt proportional zum Einkommen verlaufen! (Oxfam 2021) Die Regierungen sagen immer wieder, dass „wir“ unser Verhalten ändern müssen. Aber wer ist dieses „wir“? „Der Konsum der reichsten Haushalte der Welt ist bei weitem die stärkste Determinante und der stärkste Beschleuniger für die Zunahme der ökologischen und sozialen Auswirkungen“, schreiben Forscher:innen (Wiedmann, et al. 2020). Wir müssen also den übermäßigen Luxuskonsum verbieten: Privatjets, Superyachten, luxuriöse Wohnungen, SUVs usw. Wir müssen den Konsum der reichsten Haushalte der Welt verbieten. Und da jeder Konsum eine Produktion voraussetzt, müssen auch wirtschaftliche Aktivitäten wie Waffen, Werbung, kurze Lebensdauer der Produkte eingestellt werden. Sie sind vor allem darauf ausgerichtet, kapitalistische Profite zu erzielen.

4. Ein gutes und komfortables Leben für alle Menschen ist möglich.

Andere Forscher:innen gehen von der maximalen Energiemenge aus, die jeder Mensch auf der Erde verbrauchen kann, um die 1,5°C-Grenze für die Erderwärmung einzuhalten, und fragen sich, welche Bedürfnisse auf dieser Grundlage unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen befriedigt werden können (Vogel, et al. 2021). Das große Interesse ihres Ansatzes besteht darin, zu zeigen, dass die Befriedigung von Bedürfnissen nicht nur von der Menge der verbrauchten Energie abhängt, sondern auch von verschiedenen sozioökonomischen Faktoren, die den Zusammenhang zwischen Energieumsatz und Bedürfnissen bestimmen. Es gibt „vorteilhafte“ Faktoren, die die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigen und gleichzeitig den Energieverbrauch mindern. Zu diesen Faktoren gehören gute öffentliche Dienstleistungen, eine qualitativ hochwertige Demokratie, geringere Einkommensunterschiede, ein gesicherter Zugang zu Strom und sauberen

Energien, ein öffentliches Gesundheitssystem und eine gute Austausch- und Verkehrsinfrastruktur. Wachstum und Extraktivismus sind dagegen „schädliche“ Faktoren: Es wird mehr Energie aufgewendet, um die Bedürfnisse weniger gut zu befriedigen. Ein Beispiel: Gute öffentliche Dienstleistungen erhöhen die Lebenserwartung und senken den Endenergieverbrauch; Extraktivismus senkt die Lebenserwartung und erhöht den Endenergieverbrauch.

Alle Studien dieser Art stimmen darin überein, dass ein komfortabler Lebensstandard auf der ganzen Welt mit einem wesentlich geringeren Pro-Kopf-Energieverbrauch als in den reichen und wohlhabenden Ländern erreicht werden kann. Die treibenden Kräfte hinter dem übermäßigen Energieverbrauch in diesen Ländern sind: „eine Spirale energieintensiver Bedürfnisse, die durch die Logik der schädlichen Faktoren in Gang gehalten wird; Luxuskonsum und Konsumungleichheit; geplante Obsoleszenz; Überproduktion und Überkonsum; Profitstreben; Ausweitung der notwendigen Produktion aufgrund des Drucks des Finanzsystems und der Rohstoffrenten“. Das Problem ist, dass die „schädlichen Faktoren aktiv verstärkt werden“, und zwar im Rahmen des derzeitigen globalen Regimes. Die Lösung muss daher „systemisch“ und ebenfalls global sein: „Eine umfassendere Transformation ist erforderlich, um die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse mit wenig Energie zu priorisieren.“ (Vogel, et al. 2021)

5. Die „gerechte Wachstumsrücknahme“ kommt im IPCC an

Der fünfte IPCC-Bericht zeigte sich dem kapitalistischen Dogma des Marktes und des Wettbewerbs, also des Wachstums, komplett ergeben: „die Klimamodelle gehen von vollständig funktionierenden Märkten und wettbewerbsorientiertem Marktverhalten aus“ (IPCC 2014: 422). Dieses Dogma ist nicht mehr haltbar, da es uns in den Abgrund treibt. Die Teile des sechsten Berichts, die sich mit der Anpassung an die Erderwärmung und mit der Reduzierung der Emissionen befassen, werden Anfang 2022 veröffentlicht.² Der Entwurf der Zusammenfassung des Berichts über die Emissionsreduzierung für Entscheidungsträger:innen ist durchgesickert. Darin ist Folgendes zu lesen: „In Szenarien, die von einer geringeren Ener-

² Der IPCC publizierte am 28. Februar 2022 den zweiten Teil des 6. Sachstandsberichts (IPCC 2022). Der IPCC hält fest, dass sich das Klimasystem schneller verändert als dies die bisherigen Modelle festhalten. Er warnt vor den Konsequenzen der Erderhitzung so deutlich wie nie zuvor [Anm. CZ.].

gienachfrage ausgehen, werden die Herausforderungen bei der Emissionsreduzierung erheblich verringert, da man weniger darauf angewiesen ist, CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen, weniger Druck auf die Landnutzung ausübt und die Kohlenstoffpreise niedriger sind. Diese Szenarien gehen nicht von einer Verringerung des Wohlstands aus, sondern vielmehr von der Erbringung besserer Dienstleistungen.“ (Bordera und Prieto 2021)³

Daraus abzuleiten, dass der sechste IPCC-Bericht gegen die Marktwirtschaft Stellung beziehen wird, wäre naiv. Der Entwurf der Zusammenfassung spiegelt lediglich die Stärke der wissenschaftlichen Argumente wider, dass es unmöglich ist, das BIP-Wachstum mit der Begrenzung der Erderwärmung auf unter 1,5°C zu vereinbaren. Das IPCC gibt keine Empfehlungen ab, sondern trifft Feststellungen auf der Grundlage der besten verfügbaren Wissenschaft. Forscher:innen, die sich mit dem Thema eines „gerechten Wachstum“ beschäftigen, werden mittlerweile von ihren Kolleg:innen anerkannt. Dies ist ein Sieg gegen die Einflussnahme der kapitalistischen Ideologie des „immer mehr“ auf die Wissenschaft. Aber es sind die Regierungen, die den Weg bestimmen. Die Zusammenfassung des Berichts muss von ihnen bestätigt werden. Man kann sicher sein, dass sie alles daransetzen werden, den obigen Satz aus der Zusammenfassung verschwinden zu lassen. Werden sie damit Erfolg haben? Das werden wir sehen. Auf jeden Fall bleibt der Satz in dem Bericht, der nur Wissenschaftler:innen gehört!

6. Keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten

Die Anerkennung der „gerechten Wachstumsrücknahme“ durch den IPCC als Alternative zum kapitalistischen Dogma Wettbewerb-Profit-Wachstum ist eine Errungenschaft im Kampf für eine andere Gesellschaft. Dies sollte insbesondere der Gewerkschaftsbewegung zu denken geben. Bisher setzen ihre Führungen im Namen der Beschäftigung auf Wachstum. Sie geben sich der Illusion hin, dass es einen „gerechten Übergang“ zu einem „grünen Kapitalismus“ geben könnte. In Wirklichkeit gibt es genauso wenig einen grünen Kapitalismus wie einen sozialen Kapitalismus, und ein solcher „Übergang“ ist ein Trugschluss. Die Ungleichheiten wachsen gleichzeitig mit dem BIP. Die Rechnung für die ökologische Krise wird hoch ausfallen und die

³ Der IPCC wird den Bericht über die Emissionsreduzierung (Arbeitsgruppe III) und den Synthesebericht voraussichtlich im September 2022 publizieren. Der Bericht der Arbeitsgruppe III enthält nur einen kleinen Hinweis, dass nur Niedrigenergiesysteme das volle Reduktionspotential auszuschöpfen vermögen (IPCC 2022: 5-118) [Anm. CZ].

Besitzenden wollen sie von den unteren Klassen bezahlen lassen. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch eine ökologische Katastrophe, die auch eine beispiellose gesellschaftliche Katastrophe sein wird, können uns nur gesellschaftliche Kämpfe und die Zusammenführung dieser Kämpfe retten.

Es ist dringend notwendig, dass sich die Welt der Arbeitenden viel aktiver an der Seite der Jugend, der Frauen, der indigenen Völker und der Kleinbäuer:innen engagiert, die im Kampf um den Planeten an vorderster Front stehen. Dies sollte durch eine tiefgreifende strategische Reflexion geschehen, die auf die Entwicklung eines Programms für antikapitalistische und antiproduktivistische Strukturreformen abzielt. Ein solches Programm würde es den Gewerkschaften ermöglichen, die Idee einer „gerechten Wachstumsrücknahme“ mit ihren eigenen Prioritäten, Forderungen und Anliegen zu befruchten. Die öffentliche und kollektive Umschulung von Lohnabhängigen auf ökologisch und sozial nützliche Tätigkeiten (ohne Lohnverlust) und die massive und kollektive Verkürzung der Arbeitszeit stehen hierbei im Vordergrund. Weniger arbeiten, alle arbeiten, besser leben! Es gibt keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten. Sein Leben zu verlieren, um es zu verdienen, indem man den Planeten unserer Kinder zerstört, ist weniger denn je eine akzeptable Option.

Literatur

- Bordera, Juan und Prieto, Fernando (2021): El IPCC considera que el decrecimiento es clave para mitigar el cambio climático. *Revista Contexto*, 7. August <https://ctxt.es/es/20210801/Politica/36900/IPCC-cambio-climatico-colapso-medioambiental-decrecimiento.htm>.
- Harribey, Jean-Marie (2011): Décroissance - Anatomie einer Bewegung. *Emanzipation* 1 (1), S. 22-32
- IPCC (2014): Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change. Working Group III Contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Cambridge University Press: New York; Cambridge, UK, 1435 S. https://archive.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg3/ipcc_wg3_ar5_full.pdf Zugriff: 26. März 2020.
- IPCC (2015): *Climate Change 2014. Synthesis Report*, Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Geneva, 152 S. https://archive.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg3/ipcc_wg3_ar5_full.pdf Zugriff: 26. März 2020.
- IPCC (2018): Global warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, V. Masson-Delmotte; P. Zhai; H. O. Pörtner; D. Roberts; J. Skea; P. R. Shukla; A. Pirani; W. Moufouma-Okia; C. Péan; R. Pidcock; S. Connors; J. B. R. Matthews; Y. Chen; X. Zhou; M. I. Gomis; E. Lonnoy; T. Maycock; M. Tignor und T. Waterfield, Intergovernmental Panel on Climate Change, Geneva, G. World Meteorological Organization: Genf, 616 S. <https://www.ipcc.ch/sr15/download/>; https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf Zugriff: 26. März 2020.
- IPCC (2022): *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Full Report*, 28 February, 2022, Intergovernmental Panel on Climate Change. Working Group II contribution to the Sixth Assessment Report, WMO und UNEP, 3676 S. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/>; https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_FinalDraft_FullReport.pdf.
- Keyßer, Lorenz T. und Lenzen, Manfred (2021): 1.5 °C degrowth scenarios suggest the need for new mitigation pathways. *Nature Communications* 12 (1) 2021/05/11, S. 2676. <https://doi.org/10.1038/s41467-021-22884-9>
- Oxfam (2021): *Carbon emissions of richest 1% set to be 30 times the 1.5°C limit in 2030*, 5th November 2021. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/carbon-emissions-richest-1-set-be-30-times-15degc-limit-2030>.

- Rockström, Johan (2021): 10 New Insights in Climate Science, Prof. Johan Rockström gives an overview of report outlining 10 new insights in climate science at the UN Climate Change Conference 2021 (COP26) UN Climate Change. <https://www.youtube.com/watch?v=iW4fPXzX1S0>.
- Vogel, Jefim; Steinberger, Julia K.; O'Neill, Daniel W.; Lamb, William F. und Krishnakumar, Jaya (2021): Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning. *Global Environmental Change* 69 2021/07/01/, S. 102287. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378021000662>
- Wiedmann, Thomas; Lenzen, Manfred; Keyßer, Lorenz T. und Steinberger, Julia K. (2020): Scientists' warning on affluence. *Nature Communications* 11 (1) 2020/06/19, S. 3107. <https://doi.org/10.1038/s41467-020-16941-y>

Der Artikel wurde am 24. Dezember 2021 auf der Webseite der *Gauche Anticapitaliste* publiziert (<https://www.gaucheanticapitaliste.org/croissance-inegalitaire-ou-decroissance-juste-au-giec-le-debat-est-ouvert/>).

Übersetzung: Christian Zeller

Daniel Tanuro ist diplomierter Agronom und Mitglied der Antikapitalistischen Linken in Belgien. Er ist Autor mehrerer Bücher über ökosozialistische Perspektiven u.a. auf Deutsch *Klimakrise und Kapitalismus* (2015), Köln, Karlsruhe: Neuer ISP Verlag, 181 Seiten. In *emanzipation* 1.1 (2011: 66-83) schrieb er: *Energie und Umbau der Produktion. Herausforderungen für eine ökosozialistische Alternative.*